

Vernetzungstreffen Delogierungsprävention

Insgesamt haben an dem Vernetzungstreffen 26 Interessierte teilgenommen, unter anderem auch André Gachèt aus Frankreich.

Aus den Anliegen und Wünschen aus der Vorstellungsrunde kristallisierten sich drei Gruppen heraus.

Die Gruppe "**Statistik**" hat sich zum Ziel gesetzt, die Gründe, die für eine österreichweit einheitliche Erhebung zu erforschen und Vorschläge zur Umsetzbarkeit zu liefern. Zahlen bilden die Grundlage für Verhandlungen mit potentiellen GeldgeberInnen und PolitikerInnen.

In einem ersten Schritt wird sich Bernhard Mager bis zum nächsten Treffen am 13. und 14. Oktober 2008 in Linz mit den Daten, welche bereits von den einzelnen Einrichtungen erhoben werden, beschäftigen. Beim diesem Treffen wird dann als Ergebnis die Information vorliegen, wo es Gemeinsamkeiten gibt und welche Daten fehlen.

Andere TeilnehmerInnen tauschten sich über die "**Qualitätsstandards**" aus, welche von Einrichtungen, die Delogierungsprävention anbieten erfüllt werden sollten. Da dieses Thema die Vernetzungstreffen ja schon sehr lange begleitet, wurde auch nach Gründen dafür gesucht. Zum Einen entwickeln sich in jungen Einrichtungen erst Linien und Strukturen, zum Anderen üben verpflichtende Standards natürlich Druck auf kleinere Einrichtungen aus.

Die BAWO sollte als Plattform für die stetige Anpassung und Evaluierung von Standards dienen. Vor allem soll sie aktiv die Verbreitung der Standards betreiben. Erwin Hayden-Hohmann und Hermann Schuster werden sich bereits vorhandene Qualitätshandbücher anschauen und für das nächste Treffen einen Vorschlag für mögliche Qualitätsstandards, welche in einem eigenen Qualitätshandbuch zusammengefasst sein sollen, unterbreiten.

Die restlichen TeilnehmerInnen waren an einem "**Austausch**" aus den Bundesländern interessiert.

Ein bemerkenswerter Input kam aus **Frankreich**. Hier gibt es in den Städten Paris, Marseille und Lyon ein Beratungsangebot direkt bei den Gerichten. Am Gerichtstag (Freitag) sind jeweils einE MitarbeiterIn aus einer Rechtsanwaltskanzlei, einE SozialarbeiterIn und einE WohnungsberaterIn vor Ort anwesend. Damit können Betroffene sowohl rechtlich, als auch sozialarbeiterisch beraten werden und auch die Wohnungsvermittlung wird abgedeckt.